Quelle Waiblinger Kreiszeitung vom 23.10.2010
Seite 15
Ressort Rems-Murr-Rundschau
Autor Von unserem mitarbeiter Thomas Milz
Copyright Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsverlag GmbH & Co Waiblingen KG

WAIBLINGER KREISZEITUNG

Gegen eine Politik „sozialer Kälte“

IG-Metall-Konferenz mit Vorstand Hans-Jürgen Urban in Waiblingen / Protest-Kundgebung am 13. November in Stuttgart

Waiblingen. „Zurück an Absender. Annahme verweigert!“ Die Gewerkschaftler schlagen Alarm. Gegen das neue Sparpaket der Bundesregierung kündigen sie einen heißen Herbst des Widerstandes an. Ob Leiharbeit, Rente ab 67, Hartz IV, oder Gesundheitsreform – die Themenliste, die IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban vor Waiblinger Kollegen bei einem Gewerkschaftstreffen kritisch abarbeitete, war lang.

Im Foyer vor dem Welfensaal in der Schwabenlandhalle stapeln sich die Pakete. „Schadhaft“ steht handschriftlich neben dem Stempel des Bundesadlers. Gemeint ist das jüngste Sparpaket der Regierung Merkel, das Dr. Hans-Jürgen Urban, für Sozialpolitik zuständiges geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der IG Metall, als „ein Programm der sozialen Spaltung“ verurteilte, aus dem, bar jeglicher Ausgewogenheit, vor allem „soziale Kälte“ spreche.

Urban kündigte vor Betriebsräten und Vertrauensleuten „Herbstaktivitäten“ an, „die der Politik signalisieren, dass wir das nicht mit uns machen lassen“.

Die Finanzkrise, so Urban, begann nicht mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, sondern zuvor, „mit dem Siegeszug einer Ideologie, dem Neoliberalismus, als in den Betrieben eine Rendite von 30 Prozent möglich sein sollte, die schon in den Kapitalmärkten nur mit kriminellen Methoden zu erreichen waren“.

Unter starkem Applaus sprach Urban von einer „Anmaßung der Finanzeliten, die wir zurückweisen müssen. Die ganzen, Volkswirtschaften gefährdenden Finanztransaktionen gehören nicht versteuert, sondern verboten.“ Kritik hatte er auch an der Art und Weise, wie der Staat in deren Krise die Banken stützte: „Wo öffentliches Geld fließt, muss auch öffentliches Eigentum entstehen!“

Urban beklagte die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit befristeten Arbeitsverträgen, Praktika oder Leiharbeitsverhältnissen, die vor allem die Jungen beträfen. „Früher war Arbeit die Grundlage, sich emporzuarbeiten. Heute kann Arbeit die Grundlage für Armut sein.“ So war eine der Forderungen der Gewerkschaft in Sachen Leiharbeit „gleiche Arbeit – gleiches Geld“, um eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben zu verhindern. Nicht gut sehe es in den Betrieben aus: „Was in der Krise aus Not akzeptiert wurde, ist nun zum Standard danach geworden.“ Dabei werde oft die Gesundheit der Beschäftigten vergessen.

Solidarisch zeigte sich Urban mit den Langzeitarbeitslosen, wo aus dem Motto „Wir müssen von denen, die nicht arbeiten, umschaufeln auf die, die arbeiten“ ein neues „Begründungsmuster für Sozialabbau“ werde. So sollen hier im Sparpaket der schwarz-gelben Regierung 30 Milliarden eingespart werden, auch durch die Abschaffung des Zuschusses für Langzeitarbeitslose für die Rentenkasse.

„Wir lassen uns nicht erzählen, es gäbe keine Alternative“, sagte Urban und stellte ein paar Vorschläge der Gewerkschaften vor, die zur sozialen Gerechtigkeit beitragen würden. So brächte eine Anhebung des Spitzensteuersatzes fünf Milliarden Euro. „Eine Vermögenssteuer wie in den sozialistischen USA“, so Urban ironisch, „würde 22 Milliarden bringen.“ Eine Umsetzung der Finanzmarkttransaktionssteuer käme auf 37,5 Milliarden Mehreinnahmen für den Staat. Allein, so Urban, „es fehlt der politische Wille“.

Lobby-Politik sieht Urban auch bei Röslers Gesundheitsplänen am Werk: „Im deutschen Gesundheitswesen haben die Anbieter eine Erpressungsmacht und schlagen höhere Gelder für sich heraus, als in die Kassen eingehen.“ Eine „Unverschämtheit“ nannte Urban Röslers Kopfpauschale, schließlich sei „die solidarische Krankenversicherung in Deutschland eine historische Errungenschaft“. Was die Gewerkschaften fordern, ist hingegen eine „Versicherungspflicht für alle in der Bürgerversicherung“. Und ein „Zurück zur Parität der Kostenbeteiligung“.

Abbildung Hans-Jürgen Urban. Fotos: Pavlovi, PAVLOVIC

© 2010 PMG Presse-Monitor GmbH